



Landespräventionsrat
Thüringen

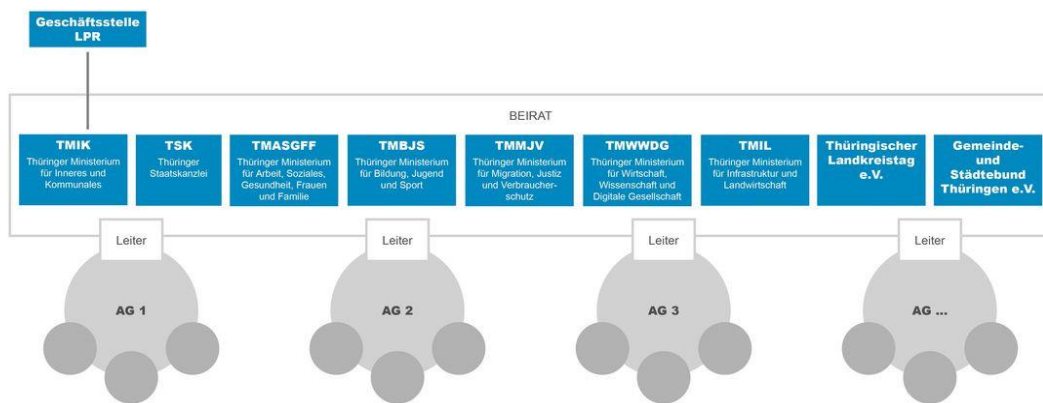
JAHRESBERICHT 2023

Landespräventionsrat Thüringen
Geschäftsstelle

Ziele und Aufgaben

Der Landespräventionsrat Thüringen setzt sich zum Ziel, das Gemeinwohl zu stärken und Delinquenz vorzubeugen. Er (weiter-)entwickelt und fördert die Präventionsarbeit auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und Best-Practice-Erfahrungen, optimiert vorhandene Präventionsstrukturen, betreibt interdisziplinär und ressortübergreifend besetzte Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, vernetzt präventionsrelevante Akteure, präsentiert und publiziert Erkenntnisse, richtet Veranstaltungen aus und berät die Landesregierung in Fragen der Prävention.

Organigramm des Landespräventionsrates Thüringen



Die AGs sind ressortübergreifend.

Arbeitsgruppen

Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste



Ziel der AG ist es, sich einen Überblick über die Situation in Thüringen zu verschaffen und auf dessen Basis gezielt Handlungsempfehlungen zu entwickeln und Präventionsmaßnahmen zu fördern.

In der Arbeitsgruppe wurde in diesem Jahr daran gearbeitet, die erstellten Präventionsmaterialien (Comic-Mal- und -Bastelheft „Wir helfen gern!“, Informationsportal zur Prävention von Gewalt gegen Rettungskräfte, Video-clip „Respekt!? Ja, bitte!“) sowie das Meldeportal der DFeuG zu bewerben und weiter bekannt zu machen.

Im digitalen Rettungsdienstprotokoll gibt es nun die Möglichkeit, Gewalterfahrung über ein sich öffnendes Sofortmeldeformular aktenkundig zu machen.

Es wurde ein Gespräch mit dem TMBJS geführt, um zu beraten, ob und wie das Thema in Thüringer Schulen behandelt werden kann.

Urbane Sicherheit



Ziele der Arbeitsgruppe sind der Ausbau von Sicherheitsstrukturen in den Thüringer Städten, die Vernetzung der Akteure sowie die Stärkung ihrer Handlungssicherheit

Die Geschäftsstelle entwickelte gemeinsam mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) und Vertretern anderer Landespräventionsgremien den Beratungsordner „Kommune beugt vor“. Der Ordner soll den Kommunen, die vor der Gründung eines Präventionsgremiums stehen, als Arbeitsinstrument dienen. Am 29. Juni 2023 wurde er in Pößneck erstmals an eine Thüringer Kommune übergeben.

Im Rahmen der AG tauschten sich Vertreter Thüringer Kommunen über Sicherheitskonzepte und realisierten Präventionsmaßnahmen aus. In diesem Jahr standen die Themen

- Gründung und Weiterentwicklung von Präventionsgremien,
- Beratungsangebote für Kommunen und
- der Umgang mit Klimaklebern

im Fokus.

Das bundesweite Angebot zur kommunalen Fachberatung der Vereinigung Pestalozzi und des Instituts für systemische und sozialarbeiterische Praxisentwicklung und Radikalisierungsprävention (i-unite) wurde an zwei Stadtverwaltungen vermittelt. Das Beratungsangebot unterstützt Landkreise, Städte und Gemeinden dabei, tragfähige Strukturen und gelingende Angebote der kommunalen Präventionsarbeit gegen Radikalisierung und Polarisierung und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu entwickeln und nachhaltig zu implementieren.

Auch wenn sich das Angebot nicht gezielt an Kommunalpolitiker richtet, sondern eher an Kommunalverwaltungen, stellt es einen nicht zu unterschätzenden Beitrag im Umgang mit Anfeindungen von Mandatsträgern dar, wobei über die genauen Bedarfe vor Ort zu entscheiden ist.

Gewalt- und Radikalisierungsprävention



Ziel der AG ist es, Präventionsakteure im Bereich der Gewalt- und Radikalisierungsprävention weiter zu vernetzen und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Konzepte abgestimmt weiter zu entwickeln

Das PARTS-Programm zur Toleranzförderung/Vorurteilsprävention liegt in überarbeiteter Fassung vor.

Die Fortbildungsangebote des KomRex für Behörden und Kommunen (Demokratischer Arbeitsalltag/ Radikalisierungsprävention/ Verschwörungs-ideologien) konnten an zwei interessierte Kommunen weitervermittelt werden. Eine Thüringer Kommune beteiligte sich auf Vermittlung des LPR am bundesweiten Modellprojekt „Kommunale Fachberatung“, mit dem Landkreise, Städte und Gemeinden dabei unterstützt werden, tragfähige Strukturen und gelingende Angebote der kommunalen Präventionsarbeit gegen Radikalisierung und Polarisierung und für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu entwickeln und nachhaltig zu implementieren.

Das Fortbildungsangebot des KomRex wurde an eine Thüringer Kommune vermittelt. In den Workshops zu verschiedenen Themen steht die inhaltliche Auseinandersetzung mit Blick auf den praktischen Arbeitsalltag der Teilnehmenden im Mittelpunkt. In jedem Workshop werden empirisch fundierte Erkenntnisse vermittelt sowie professionelle Arbeitsaufträge und eigene Haltungen reflektiert. Es wird der kollegiale Austausch über themenbezogene Erfahrungen im Arbeitskontext gefördert und gemeinsam an realen Fallbeispielen gearbeitet. Ferner werden Verweis-, Beratungs- und Unterstützungsangebote bekannt gemacht.

Antisemitismus



Die AG geht der Frage nach, wie sich Antisemitismus in Thüringen zeigt und welche bereichsübergreifenden Präventionsaufgaben vor allem im Sicherheits- und Bildungsbe- reich damit verbunden sind.

Der in der Arbeitsgruppe begonnene Austausch über den aktuellen Stand der Prävention, Erfassung, Beratung und Forschung zu Antisemitismus in Thüringen wurde fortgesetzt.

Die für das Jahr 2023 geplante Fachtagung wurde aufgrund der Entwicklungen im Nahen Osten und der damit einhergehenden Gefährdungslage abgesagt. Sie wird im kommenden Jahr nachgeholt.

Das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment in Trägerschaft der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. führt derzeit

eine Studie zum Umgang mit Antisemitismus im Kontext der Thüringer Polizei durch. Ziel der qualitativen Befragung ist es, vertiefte Einsichten in die aktuellen polizeilichen Praktiken in der Wahrnehmung von und im Umgang mit Antisemitismus zu ermöglichen und spezifische (Schulungs-)Bedarfe zu identifizieren. Der Ergebnisbericht wird im kommenden Jahr vorgestellt. Das Forschungsprojekt wird vom Landespräventionsrat finanziell gefördert.

Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern



Die AG möchte evidenzbasierte Handlungsempfehlungen zum Umgang mit dem Thema für Institutionen entwickeln, relevante Akteure auf Landesebene vernetzen und bestehende Konzepte, Strategien sowie Problemlagen reflektieren.

Im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des Kinderschutzbundes (LV Thüringen), des Bistums Erfurt und des TMBJS erstellte die Geschäftsstelle eine Zusammenfassung von Handlungsempfehlungen, um Strukturen zu schaffen, die Machtmissbrauch und Fehlverhalten in Institutionen außerhalb der Familie entgegenwirken. Sie basiert insbesondere auf Konzepten der Katholischen Kirche, des Sports, Institutionen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM). Darüber hinaus wurden Forschungsberichte und wissenschaftliche Publikationen in die Auswertung mit einbezogen. Im Ergebnis zeigt sich ein Bündel von empfohlenen Maßnahmen, das in vielen der Handreichungen und Broschüren enthalten ist.

Diese Maßnahmen betreffen sowohl formale Strukturen (z. B. Satzungen, Mitbestimmungsrechte, Einstellungsvoraussetzungen für Personal, Qualifizierung) als auch organisationskulturelle Aspekte (z. B. Umgang miteinander, Verhaltensroutinen). Die Zusammenfassung ist auf der Internetseite des LPR veröffentlicht und kann in Institutionen, in denen Minderjährige betreut oder beaufsichtigt werden, als Anhaltspunkt für die Prävention sexualisierter Gewalt dienen.

Die Geschäftsstelle wertete außerdem wissenschaftliche Erkenntnisse zu Tätern sexualisierter Gewalt an Kindern in Institutionen außerhalb der Familie aus und systematisierte sie in einer Handreichung, die ebenfalls auf der Internetseite des LPR veröffentlicht ist. Für eine ganzheitliche Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern bedarf es aus Sicht der Geschäftsstelle neben dem in Thüringen stark vertretenen opferzentrierten Ansatz auch täter- und situationsorientierte Perspektiven, die es Tätern erschwert, überhaupt erst in Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche betreut werden, zu gelangen.

Die Arbeitsgruppe wurde im Oktober beendet, da mit dem Thüringer Beauftragten für Kinderschutz am TMBJS eine Struktur zur Verfügung steht, die den Kinderschutz in Thüringen koordiniert und stärkt.

Schändung von Grabmalen



In der AG werden Modus Operandi von Grabschändungen erhoben und analysiert sowie eine Typologie von Schändungen am sepulkralen Objekt in seinem räumlichen Umfeld entwickelt. Der Austausch und die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen, die mit dem Thema in praktischer Hinsicht zu tun haben, soll zudem gefördert werden.

In der Arbeitsgruppe wurde eine Übersicht über erfasste und aufgeklärte Fälle von Störungen der Totenruhe in Thüringen und daraus entstandene Bedarfe und Probleme bei der Erhebung und Bewertung der Sachlage vorgenommen. Es wurden Daten über die Qualität und den Umfang schändungsbedingter Beschädigungen, insbesondere von jüdischen Grabmalen im lokalen Raum, unter Verwendung von Kulthura, Literatur, Presseartikeln sowie Daten über Täterverhalten, Tatmotivation und Merkmale von Schändungen analysiert und bewertet. Nach der Bewilligung des gestellten Antrags zur Akteneinsicht werden im kommenden Jahr darüber hinaus auch Fallakten ausgewertet.

Im Rahmen des durch den Nahost-Konflikt verstärkten Schutzbedarfs von jüdischen Einrichtungen und jüdischem Leben in Deutschland ist eine erste Handreichung zur Sicherung jüdischer Ruhestätten in Arbeit, ebenso wie die Koordinierung und Verlinkung der AG-Partner (RIGAS u. Digitalisierungs-zentrum/ThULB Jena) mit den angebrachten QR-Codes an den jüdischen Friedhöfen im Landkreis NDH mit Online-Meldefunktion für Besucher.

Geschlechtsspezifische Gewalt im digitalen Raum



Die AG setzt sich zum Ziel, den gemäß Beschluss 7/3301 des Thüringer Landtags vom 06.05.2021 (Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen für die Bereiche Polizei, Justiz, Bildung und Jugend sowie für die Beratungsstellen) geforderten Maßnahmenplan gegen geschlechtsspezifische Gewalt im digitalen Raum zu entwickeln.

Unter digitaler geschlechtsspezifischer Gewalt sind alle Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt zu verstehen, die sich technischer Hilfsmittel und digitaler Medien (Handy, Apps, Internetanwendungen, Cybergewalt, Mails etc.) bedienen und/ oder geschlechtsspezifische Gewalt, die im digitalen Raum (z. B. auf Online-Portalen oder sozialen Plattformen) stattfindet. (Beirat Gewaltschutz, 24.09.2021 in Anlehnung an Definition bff)

In der ersten AG-Sitzung am 06. September referierte Frau Dr. Herzfeld (Leiterin Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen) zu den Hintergründen des zu erstellenden Maßnahmenplans. Es wurde eine erste Grobgliederung entworfen.

Am 15. November fand die zweite AG-Sitzung statt. Frau Demuth (bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe) erläuterte Problemlagen und Lösungsstrategien im Phänomenbereich. Anschließend wurden erste Maßnahmenvorschläge diskutiert.

Der Abschluss der Arbeitsgruppe ist für Mitte 2024 geplant.

Netzwerktreffen und Veranstaltungen

Fachvortrag „Femizid“ – Fr. Prof. Hellmann

Am 24. März 2023 richtete die Geschäftsstelle einen Fachvortrag zum Thema „Femizid“ für Vertreter aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft aus. Referentin war Frau Prof. Dr. Deborah Felicitas Hellmann von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Frau Hellmann ist externe Beraterin zu Fragen der Gewaltforschung am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) Hannover. Gemeinsam mit Experten des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen und des KFN forscht sie zur Tötung von Frauen im Rahmen einer ersten umfassenden empirisch-kriminologischen Studie „Femizide in Deutschland“.

Obwohl weltweit Frauen und Mädchen jeden Alters und unterschiedlicher sozialer Schichten betroffen sind, existiert bislang kein Konsens zur konkreten Definition bzw. Konzeptualisierung von Femiziden. Die Gründe für Femizide sind vielfältig.

Netzwerktreffen zur Deradikalisierung in Thüringen

Am 03. Mai 2023 organisierte die Geschäftsstelle ein Netzwerktreffen zur Deradikalisierung in Thüringen aus. Gegenstand der Beratung war die Vorstellung der Befragungsergebnisse in den Strafvollzugsanstalten zum Thema „Umgang / Verfahren bei Verdacht auf Radikalisierung von Personen in U-Haft“. An dem Treffen nahmen Vertreter zivilgesellschaftlicher Vereine und Programme und Vertreter aus Sicherheitsbehörden teil.

Beiratssitzung

In der ersten Beiratssitzung nach der Gründung des LPR stellten am 16. November die AG-Leiter Ziele, Inhalte und Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen vor. Die Beiratsmitglieder konnten sich einen Überblick über die Arbeit des Landespräventionsrats verschaffen. Die AG-Leiter nutzten die Möglichkeit, sich kennenzulernen und Synergien zwischen den Arbeitsgruppen auszuloten.



Zusammenarbeit mit Präventionsgremien des Bundes und der Bundesländer

- Digitaler Fachaustausch „Hass und Gewalt gegen kommunale Mandatsträger“ am 27.04.23, ausgerichtet von der Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention (DFK)
- Kuratoriumssitzung des DFK am 2.11.2023 in Berlin
- Herbsttreffen der Geschäftsführer der Landespräventionsgremien und Vertreter der Stiftung DFK, des Deutschen Präventionstages (DPT) und des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) am 30.11/1.12. in Hannover

Mitarbeit in Beiräten und Arbeitskreisen

- Beirat „Gewaltschutz“ gegen häusliche und sexualisierte Gewalt zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen
- Fachbeirat Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)
- Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Handlungsbedarf aufgrund zunehmender antisemitischer und antiisraelischer Hetze vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts“
- Interministerielle Arbeitsgruppe „Kinderschutz und Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen“
- Ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Istanbul-Konvention“

Veranstaltungsteilnahmen

- Bund-Länder-Fachgespräch: Strategie „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus – Fachforum Prävention“ am 07.03.23 beim BMI in Berlin
- Sitzung des interministeriellen Arbeitskreises des Landesprogramms für Demokratie am 15.03.23
- Erfahrungsaustausch Rechtsextremismus am 01.06.23 in Eisenach, ausgerichtet durch den Deutschen Städtetag
- Thüringer Aktionstag gegen Hass, Hetze und Desinformation am 19.06.23 in Erfurt
- Vorstellung der Ergebnisse des MEGAVO-Zwischenberichtes am 23.08.2023, online
- 11. Jahresfachtagung der Thüringer Fachstelle Suchtprävention des Fachverbands Drogen- und Suchthilfe e. V. am 24.10.2023 in Erfurt
- Landeskongress für Menschen mit Behinderungen am 27.11.2023 im Online-Forum (VA: Sozialverband VdK Hessen – Thüringen)
- DFK-Tagung Kommunales Kriminalprävention „Senioren als Zielgruppe der kommunalen Präventionsarbeit“ (VA: DFK)

Förderung

Institutionelle Förderung

thadine e. V. für eine unabhängige Antidiskriminierungsberatungs- und -fachstelle Thüringen (200.000 €)

Der LPR fördert die unabhängige Antidiskriminierungsberatungs- und -fachstelle Thüringen „EmpowerMensch“. Die Beratungsstelle stellt von Diskriminierung Betroffenen ein qualifiziertes Unterstützungsangebot zur Verfügung und wirkt in Fragen der Antidiskriminierung an der Weiterentwicklung der Antidiskriminierungspolitik im Freistaat Thüringen mit.

Projektförderung

EKM für eine unabhängige Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen (184.294 €)

Der LPR finanziert im Rahmen der Projektförderung die Beratungsstelle für Betroffene von Hate Speech „elly“. Diese gehörte organisatorisch bis November 2023 zur Opferberatungsstelle „ezra“ und befindet sich in Trägerschaft der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland. Ab 1. Dezember ist der Verein re:solut e. V. Träger der Beratungsstelle. Das Beratungskonzept richtet sich an alle Menschen, die von Hatespeech im Internet betroffen sind. Im Juni 2023 wurde die Beratungsstelle in Erfurt eröffnet. Sie ist aktuell mit zwei Beraterinnen personalisiert.

VFB Salzwedel e. V. „Kommunale Konfliktberatung“ (15.000 €)

Das K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. bietet Gemeinden, Städten und Landkreisen Beratung bei Konflikten im kommunalen Raum an. Der LPR fördert das Projekt für eine Thüringer Kommune.

ZWST e. V. für eine Studie zum Umgang mit Antisemitismus im Kontext der Thüringer Polizei (20.000 €)

Das TMIK (LPR) kofinanziert eine Studie, die der Frage nachgeht, wie Thüringer Polizeibeamte Antisemitismus wahrnehmen, deuten und einordnen. Sie wird am Forschungsbereich des Kompetenzzentrums unter der Leitung von Diplom-Psychologin Marina Chernivsky (Kompetenzzentrum) und Prof. Dr. Friederike Lorenz (Fachhochschule Potsdam) umgesetzt.

Maßnahmenförderung

Verein der Freunde und Förderer der Gemeinschaftsschule Steigerblick Erfurt e.V. für die Maßnahme „Gemeinsam Gemeinschaft schaffen!“ (3.230 €)

Mit der Präventionsmaßnahme möchte der Verein die Schule nach der Corona-Pandemie wieder zu einem Ort machen, an dem sich Generationen begegnen, einander zuhören und austauschen. Verschiedene Themen und Veranstaltungsformate werden im Rahmen der geförderten Maßnahme berücksichtigt.

Theoretische Fundierung des Phänomens „Kommunikation im digitalen Zeitalter“

Die Geschäftsstelle beauftragte Prof. Dr. Tilman Allert (Goethe-Universität Frankfurt am Main) mit der Erstellung einer interaktionstheoretischen Fundierung zum Thema "Kommunikation im digitalen Zeitalter". Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Logik und Spezifik beleidigender, diskriminierender und diskreditierender Kommunikation im Netz. Die theoretische Grundlegung ist von zentraler Bedeutung für mehrere Arbeitsgruppen im Landespräventionsrat.

Prof. Dr. Tilman Allert ist ein wissenschaftlich ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Kommunikation und Kultur, der sich wie kein anderer deutscher Soziologe mit dem Alltag der Menschen, mit ihren Verhaltensweisen und Kommunikationsformen befasst hat und noch immer befasst.

Internetpräsenz

Die Geschäftsstelle berichtet auf der Internetseite des LPR regelmäßig über die Arbeit der Arbeitsgruppen, aktuelle Veranstaltungen und News aus der Präventionsarbeit. Es wurde eine neue Rubrik („Themen“) erstellt, unter der gesellschaftlich relevante Themen, die nicht in einer Arbeitsgruppe behandelt werden, aufgearbeitet und präsentiert werden.

www.lpr-thueringen.de

Impressum

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Geschäftsstelle Landespräventionsrat Thüringen
Steigerstraße 24 • 99096 Erfurt